

# **DKP-Informationen**

**Nr. 3/2014 - 22. Mai 2014**

## **8. Tagung des Parteivorstandes 17./18. Mai 2014 Essen**

---

Herausgegeben vom Parteivorstand der DKP  
Hoffnungstraße 18, D - 45127 Essen  
- Eigendruck -  
Kostenbeteiligung: 1,50 Euro (zuzügl. 1,50 Euro Porto)

# 8. Tagung des Parteivorstands der DKP

17./18. Mai 2014, Essen

---

## Inhalt

- Tagesordnung
- Referat: Aufgaben, Entwicklung und Perspektive der UZ und zu aktuellen Fragen  
Nina Hager, stellvertretende Vorsitzende der DKP, Chefredakteurin der UZ
- Referat: Zur Lage der Partei / Vorbereitung 21. Parteitag  
Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP
- Einleitung zum Tagesordnungspunkt Mitgliedsbuchneuausgabe  
Wera Richter, stellvertretende Vorsitzende der DKP
- Beschlüsse

## Tagesordnung:

- Eröffnung, Begrüßung und Beschlusskontrolle
- Referat und Diskussion:  
Zu Aufgaben, Entwicklung und Perspektive der UZ und zu aktuellen Fragen  
Referentin: Nina Hager, stellvertretende Vorsitzende der DKP
- Auswertung der Mitgliedsbuchneuausgabe
- Lage der Partei/EU-Wahlkampf/Vorbereitung 21. Parteitag
- 18. UZ-Pressesfest
- Weitere Beschlussfassungen
- Sonstiges
- Schlusswort

# 8. Tagung des Parteivorstands der DKP

17./18.Mai 2014, Essen

---

(Unkorrigiertes Manuskript,  
Es gilt das gesprochene Wort.)

## Zu Aufgaben, Entwicklung und Perspektive der UZ und zu aktuellen Fragen

**Nina Hager, stellvertretende Vorsitzender der DKP**

Liebe Genossinnen und Genossen,

in der kommenden Woche sind über 400 Millionen Wahlberechtigte in der Europäischen Union – in einer nicht nur wegen des Ukraine-Konfliktes äußerst angespannten Situation - aufgerufen, ihre Stimme abzugeben.

Zeitgleich finden am 25. Mai in der Bundesrepublik in 10 Ländern Kommunalwahlen statt und mindestens eine Volksabstimmung – die in Berlin im Zusammenhang mit einer möglichen Bebauung des Tempelhofer Feldes.

Unsere Genossinnen und Genossen haben in vielen Regionen des Landes in den Wahlkämpfen in den vergangenen Monaten – und das neben den laufenden organisatorisch, finanziell und personell außerordentlich anstrengenden Vorbereitungen für das UZ-Pressfest, für die Ostermärsche, den 1. und 8. Mai viel Arbeit geleistet. Unermüdet wurden Unterschriften gesammelt um unsere Kandidaturen abzusichern.

Zu den Europawahlen konnten dem Bundeswahlleiter bekanntlich weit über 7 000 Unterstützerunterschriften übergeben werden. Aber viele Gruppen, Kreise und Bezirke waren natürlich nach den Unterschriftensammlungen weiter aktiv: Bis zum 15. Mai wurden von der Partei über 134 000 UZ-Wahl-Extras bestellt (bei einer Gesamtauflage von 175 000 wurden bislang zudem mehr als 20 000 Exemplare der UZ und der „jungen Welt“ beigelegt) und viele andere Werbematerialien bestellt, gab es Infostände und Veranstaltungen, wurden viele Plakate aufgehängt.

Die Berliner Landesorganisation der DKP hat zudem noch ein eigenes UZ-Extra aufgelegt, um speziell die Berliner Kandidatinnen und Kandidaten für die Europawahl vorzustellen. Patrik wird in seinem Referat am morgigen Tag ausführlicher auf Erfahrungen und Probleme eingehen, die sich in diesem Wahlkampf in unserer Partei zeigen.

Auf kommunaler Ebene ist die Absicherung der Kandidatur leider nicht überall gelungen. Wir beglückwünschen jene, die es geschafft haben und wünschen allen Genossinnen und

Genossen, die zu den Kommunalwahlen kandidieren, viel Erfolg – und das unabhängig davon, ob sie auf einer DKP- oder DKP-Offenen Liste, auf Bündnislisten oder auf einer Liste der Partei „Die Linke“ stehen.

In unserer Wochenzeitung UZ konnten wir nur über wenige Aktivitäten bei den Kommunalwahlkämpfen berichten, weil da auch manchmal Beiträge fehlten oder zu spät bei uns eintrafen. Wir werden in der kommenden Ausgabe noch einmal „nachschieben“, wollen aber unbedingt in einer „Wahlnachlese“ alte wie neu gewonnene Erfahrungen vermitteln.

Wir wünschen allen Genossinnen und Genossen viel Kraft für den Wahlkampf in den letzten Tagen.

Ich hoffe natürlich, dass wir als Antikriegs-, als antifaschistische, als Partei, die konsequent für die Verteidigung von Arbeiterrechten, von sozialen und demokratischen Grundrechten, für internationale Solidarität eintritt, als Partei, die die bestehenden Verhältnisse umwälzen will, die für eine andere Gesellschaft, für Sozialismus steht, bei den Europawahlen ein achtungsvolles Ergebnis erreichen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wenn in der kommenden Woche in der EU ein neues Parlament gewählt wird, dann gehen viele mit großer Sorge zur Wahl. Trotz aller anders lautenden Behauptungen ist die Krise in der EU, in der Weltwirtschaft nicht vorbei.

In den südost- und südwesteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten ist die Arbeitslosigkeit unvermindert hoch. Wenn aus Portugal jetzt gemeldet wird, sie sei zurückgegangen, dann hat man wohl nicht die vielen Zehntausende – oft hoch qualifizierter - junger Menschen berücksichtigt, die wie in Spanien oder Griechenland das Land verlassen, um anderswo Lohn und Brot zu finden.

Die Gesundheitsfürsorge wird abgebaut, Kürzungen gibt es in allen Bereichen. Die Arbeits- und Lebensbedingungen vieler Menschen ha-

ben sich weiter verschlechtert. Wenn TTIP durchgesetzt wird, wird sich das weiter verschärfen und auch Demokratie weiter abgebaut.

Wozu brutaler Raubtierkapitalismus und Privatisierungen führen, hat aktuell die Tragödie in Soma in der Türkei, einem Nachbarland der EU, gezeigt. Arbeitsschutz wurde dem Streben nach Maximalprofiten geopfert und kostete mindestens 292 Menschen das Leben.

Unsere Solidarität und unser Mitgefühl gelten den betroffenen Familien. Unsere Solidarität gilt den protestierenden Arbeiterinnen und Arbeitern!

Liebe Genossinnen und Genossen,

wenn in der kommenden Woche in der EU ein neues Parlament gewählt wird, dann besteht die große Gefahr, dass rechtspopulistische und offen faschistische Parteien viele Stimmen dazugewinnen,

In der Bundesrepublik treten zur Europawahl unter anderem „Pro NRW“, „Die Republikaner“, aber auch die NPD an. Die rechtspopulistische und EU-kritische AfD, die Partei der neoliberalen „Ökonomie-Professoren“, von Henkel und Co., bekäme laut einer ARD-Umfrage – wären heute die Wahlen – 7 Prozent. Und sie hat auch große Chancen bei den bevorstehenden Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg.

Karl-Heinz Roth schrieb Anfang des Jahres in der Zeitschrift *Ossietzky*: „Als die Regierungen der europäischen Peripherieländer unter dem Diktat der ‚Troika‘ aus EU-Kommission, Internationalem Währungsfonds und Europäischer Zentralbank um die Jahreswende 2009/2010 krisenverschärfende Austeritätsprogramme durchsetzten, lösten sie eine soziale Katastrophe aus, die in vielem an die osteuropäischen ‚Schocktherapien‘ der 1990er Jahre erinnerte.“ Von dieser Entwicklung, so Roth, konnte die extreme Rechte profitieren.

Es ist tatsächlich so: Sozialabbau, weitere Privatisierungen, weitere Zerstörung der sozialen Sicherungssysteme, hohe Massenarbeitslosigkeit vor allem in den Peripherieländern der EU, fast sechs Jahre Abbau von Arbeiter- und politischen Bürgerrechten in nahezu jedem europäischen Land im Interesse des großen Kapitals haben die EU und ihre Institutionen bei vielen Menschen diskreditiert. Eine Kluft geht durch Europa – zwischen Süd und Nord, zwischen Oben und Unten. Nationalismus, Regionalismus und Rassismus befinden sich im Aufwind.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wenn am 25. Mai und in den Tagen zuvor in der EU die Menschen zur Wahl gehen, dann viele mit der Befürchtung, dass Europa ein neuer Krieg droht. Gerade wegen der Politik und Einmischung der USA, der EU, der NATO, aber vor allem auch der deutschen Regierung in der Ukraine.

Sie unterstützen die so genannte Übergangsregierung, sie distanzieren sich nicht von den Faschisten in dieser Regierung und den Mordtaten des Rechten Sektors. Sie reden von Demokratie und lassen zu, dass es in der Ukraine eine regelrechte Hetzjagd auf Linke gibt, von denen viele um ihr Leben fürchten müssen. Der ukrainische „Übergangspräsident“ Turtschinow kündigte jetzt ein Gerichtsverfahren gegen die KP der Ukraine an, das zu deren Verbot führen kann.

Dagegen werden durch die USA und die EU fast im Wochentakt immer neue Sanktionen gegen Russland verhängt. Die NATO will Kräfte dauerhaft an den Ostgrenzen der EU stationieren. Die USA haben ihre Fliegerkräfte und die Zahl ihrer Armeeangehörigen in den baltischen Staaten und in Polen bereits erhöht. Die Zahl der Schiffe der NATO im Schwarzen Meer wurde aufgestockt. Nato-Generalsekretär und Nato-Oberbefehlshaber verlangen von den EU-Staaten, ihre Rüstungsanstrengungen zu verstärken.

Und alles deutet darauf hin, dass westliche Geheimdienste, aber auch Söldner privater Firmen wie Academi (bis 2009 Blackwater Worldwide, bis 2011 Xe Services LLC) in der Ukraine agieren und die Militäraktionen gegen die Regionen in der Ostukraine unterstützen. Das wird natürlich immer wieder dementiert.

Am 25. Mai sollen in der Ukraine Präsidentenwahlen stattfinden. Es ist heute völlig unklar, ob jene östlichen Gebiete, die inzwischen ihre Unabhängigkeit erklärt haben, einbezogen werden sollen oder ob der Krieg gegen die angeblichen Separatisten – und damit vor allem gegen die Zivilbevölkerung in diesen Landesteilen – wie in den letzten Tagen weitergeht.

Die Politik der USA, der EU, der NATO und die Bundesregierung hat zur völligen Destabilisierung der Ukraine beigetragen. Begehrlichkeiten äußern jetzt auch Rumänien und Ungarn. Orban erklärte zum Beispiel: „Die in Transkarpatien lebenden Ungarn sollten das Recht auf eine doppelte Staatsbürgerschaft sowie auf die Bildung einer autonomen Republik bekommen.“

Die Ukraine kann aber nur als föderaler und neutraler Staat überleben, der die Rechte der vielen Nationalitäten, die auf dem Gebiet des

Landes leben, anerkennt und achtet. Sie kann nur überleben, wenn der Nationalismus gebannt und alle faschistischen Kräfte entwaffnet und verboten werden.

Das ist nicht nur wegen des Agierens der so genannten Übergangsregierung wenig wahrscheinlich, sondern meines Erachtens vor allem weil

**(a)** die Menschen in der Ostukraine nach den mörderischen Angriffen der Faschisten auf das Gewerkschaftshaus in Odessa, der ukrainischen Armee und der so genannten ukrainischen Nationalgarde auf Slawjansk, Mariupol, Krasnoarmejsk usw. offenbar nicht mehr an eine föderale Lösung glauben, obgleich doch eine Mehrheit von ihnen dazu lange stand;

**(b)** das historische Gedächtnis an die Mordtaten der deutschen Besatzer und ihrer ukrainischen Helfershelfer, wie der Stolz, zum Sieg über den Faschismus beigetragen zu haben, in diesen Arbeiterregionen nach wie vor lebendig ist. Die Kiewer Regierung aber schickt gezielt die Erben Banderas in die Ostukraine. Kann da ein Zusammenleben in einem Staat künftig möglich sein, wenn die Zentralregierung sich nicht eindeutig von den Faschisten distanzieret, diese verbietet und bekämpft?

**(c)** die Menschen in der Ostukraine nicht nur ihren Unmut gegen die Ukrainische Zentralregierung äußern, sondern ihren Protest mit sozialen und politischen Forderungen und entsprechendem Handeln verbinden, die den russischen Soziologen und Politikwissenschaftler Boris Kagarlitzki folgen ließen, das was sich dort vollziehen wäre eine – aber auch für Russlands Regierung sehr problematische – Arbeiterrevolution. Jedoch die Revolte unreifer, unorganisierter und ideologisch gespaltenen Kräfte

**(d)** eine föderale Lösung, bei Anerkennung der Forderungen der Ostukraine gar nicht im Interesse der verantwortlichen Kreise der USA, der EU, der NATO wäre, die die Osterweiterung der EU und der NATO jetzt weitertreiben und Russland weiter einkreisen wollen. Hier wird – in Bezug auf geopolitische Überlegungen – strikt und auch im Bündnis mit Faschisten durchgesetzt, was 1997 der frühere Berater des US-Präsidenten Carter, Zbigniew Brezezinsky, gefordert hatte<sup>1</sup>. Er schrieb damals unter

anderem: „Die Ukraine, ein neues und wichtiges Feld auf dem eurasischen Schachbrett, stellt einen geopolitischen Dreh- und Angelpunkt dar, denn schon seine alleinige Existenz als unabhängiges Land trägt dazu bei, Russland zu verwandeln. Ohne die Ukraine ist Russland kein eurasisches Reich mehr ...“ Brezezinsky kritisierte übrigens Anfang Mai Präsident Obama, weil dieser der US-amerikanischen Öffentlichkeit verschweige, dass aus der Ukraine-Krise eine schwere internationale (Haupt-)Krise werden könne<sup>2</sup>.

Eine föderale Lösung wäre wohl auch nicht im Interesse all jener transnationalen Konzerne, die die Ressourcen und Landflächen in der Ukraine bereits unter sich aufgeteilt haben ...

Liebe Genossinnen und Genossen,

in den deutschen Leitmedien wurden in den letzten Monaten jene, die in der Ukraine die neue Zentralregierung kritisierten und gegen sie auftraten, abschätzig als „russische Separatisten“ bezeichnet. Dass es auf dem Maidan und in der neu aufgestellten ukrainischen Nationalgarde Faschisten – unter anderem des „Rechten Sektors“ - gibt, wird verschwiegen oder bagatellisiert. Jene, die die Politik der USA, der Nato, der EU kritisieren, werden als „Russlandverstehler“ diffamiert.

Als am 2. Mai in Odessa das Gewerkschaftshaus brannte, gab es in den bürgerlichen Medien keinen Aufschrei. Der deutschen Regierung sind die Toten keiner Erwähnung wert. „Es ist für uns unerträglich mit ansehen zu müssen, wie in diesen Tagen antirussische Stimmung in unserem Land gemacht wird“, so der Friedensratschlag in seinem Aufruf „Wenn erst die Gewerkschaftshäuser brennen ...!“ zum 8. Mai. Der 8. Mai sei untrennbar verbunden mit einer Würdigung der Rolle, welche die Sowjetunion als Teil der Anti-Hitler-Koalition bei der Niederrichtung der deutschen Aggression spielte. Kein anderes Land der Welt hatte mehr Kriegstote und Zerstörungen zu erleiden. Vorausgegangen war diesem Krieg die Propagierung eines Feindbildes, das „den Russen“ dämonisiert hatte. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde in Zeiten des Kalten Krieges die Sowjetunion wieder zum Feind - vor allem in der Bundesrepublik Deutschland der Adenauer-Ära - erklärt; dieses Feindbild war

---

macht: Amerikas Strategie der Vorherrschaft“ erschienen)

<sup>2</sup> Vgl. <http://www.politico.com/magazine/story/2014/05/what-obama-should-tell-americans-about-ukraine-106277.html#ixzz32LO9L5gM>

---

<sup>1</sup> Zbigniew Brezezinsky, „The Grand Chessboard: American Primacy and Its Geostrategic Imperatives“ (auf Deutsch unter dem Titel „Die einzige Welt-

bis 1989 eine Art Staatsdoktrin. Im Aufruf des Friedensratschlags heißt es weiter: „Mit Erschrecken müssen wir heute feststellen, dass dieses alte Feindbild neu aufgelegt wird, auch mit Vergleichen zwischen Putin und Hitler. Der Respekt gegenüber den Opfern des zweiten Weltkrieges und dem danach geltenden Grundsatz ‚Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg‘ erfordert die Zurückweisung einer Propaganda, die an alte ‚Vorbilder‘ anknüpft.“<sup>3</sup>

Die bürgerlichen Medien in Deutschland sind in dieser Frage – bis auf wenige Ausnahmen – geradezu „gleichgeschaltet“. Es wird gelogen und diffamiert, dass sich die Balken biegen. Dass das zum deutlichen Widerspruch bei nicht wenigen Zuschauerinnen und Zuschauern bzw. Leserinnen und Lesern führte, ist auffällig und neu.

Und es ist selbst einigen bürgerlichen Journalisten mittlerweile zuviel. Einer schrieb in seinem Blog: „Naiv zu glauben, dass deutsche Leitmedien wie ‚Die Zeit‘ nicht interessen- oder ideologiesteuert sein könnten, sondern versuchen würden, ein ganzes Bild zu präsentieren. Damit sich jeder eine eigenen Meinung bilden kann.“

Dass Publikationen aus dem Axel-Springer-Verlag pro-amerikanisch sind, wusste ich schon lange. Dementsprechend konnte ich Artikel von ‚Die Welt‘, ‚BILD‘ oder ‚Hamburger Abendblatt‘ gut einschätzen, wobei mir gerade die Russland-Hetze der ‚BILD‘ sehr negativ auffiel. (...) Aber bei anderen Publikationen hatte ich gehofft, ein breiteres Bild präsentiert zu bekommen.“

Die ehemalige ARD-Korrespondentin in Moskau und Journalistik-Dozentin Gabriele Krone-Schmalz erklärte, die deutschen Medien würden die Bevölkerung zunehmend mangelhaft oder gar falsch informieren, unerwünschte Fakten unterschlagen oder als „russische Propaganda“ disqualifizieren und Weltbilder generieren, in denen es lediglich „Gut und Böse“ gebe. Sie wies eindringlich auf die Mitverantwortung der so genannten Vierten Gewalt für die Eskalation des Konflikts und mögliche gravierende Folgen hin. „Man steht hundert Jahre nachdem der Erste Weltkrieg ausgebrochen ist an einer Stufe, an der man ernsthaft Angst haben muss, dass (...) etwas passiert, was wir alle nicht überleben.“

Liebe Genossinnen und Genossen,

---

<sup>3</sup> Siehe: Pressemitteilungen des Bundesausschusses Friedensratschlag und des Netzwerks Friedenskooperative (08. Mai 2014)

über die Hintergründe des Verhaltens von Journalistinnen und Journalisten der bürgerlichen Medien, über ihre Verbindungen zur Macht und den Mächtigen, ist schon viel geschrieben worden.

Im bundesdeutschen Blätterwald versuchen nur die wenigen linken Zeitungen ihre Leserinnen und Leser umfassend und wahrheitsgetreu über die Situation in der Ukraine und über Russland zu informieren.

Zu ihnen gehört die UZ. Dabei haben wir keine Korrespondenten in Kiew oder Donezk, sind auf russischsprachige Quellen angewiesen. Als Wochenzeitung haben wir zudem das Problem, dass manche der Informationen in unseren Artikeln am Freitag, wenn die Zeitung erscheint, bereits veraltet sind.

Glücklicherweise haben wir mit Willi Gerns einen Autor, der sich sehr gut in Geschichte und Politik des Landes auskennt. So leisten auch wir als Zeitung der DKP unseren Beitrag zur Aufklärung und gegen die Kriegshetze.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Die erste Ausgabe der Zeitung unserer Partei erschien am 3. April 1969 mit dem Untertitel „Sozialistische Wochenzeitung“. Erster Chefredakteur wurde Gerd Deumlich, als Herausgeber fungierte Kurt Bachmann, der damalige Vorsitzende unserer Partei. Ab der Ausgabe Nr. 11 vom 10. März 1972 trug die UZ den Untertitel „Zeitung der DKP“ und wies im Impressum als Herausgeber statt Kurt Bachmann den „Parteivorstand der DKP“ aus.

„Unsere Zeit“ hieß übrigens bereits in den 30er Jahren eine „Halbmonatsschrift für Politik, Literatur, Wirtschaft, Sozialpolitik und Arbeiterbewegung“. Herausgegeben wurde die Zeitschrift vom Exekutivkomitee der Internationalen Arbeiterhilfe für Sowjetrußland. Sie erschien von Januar 1933 bis wahrscheinlich August 1935 im Verlag Unsere Zeit (Berlin, Basel und Paris).

Als Herausgeber fungierte Willi Münzenberg. Zu den Autoren der Zeitschrift zählten u. a. Henri Barbusse, Ilja Ehrenburg, Egon Erwin Kisch, Romain Rolland, André Gide, Theodor Balk und Willi Münzenberg.

Während des KPD-Verbots, dem 1956 die KPD-Zeitungen zum Opfer gefallen waren, erschien neben illegalen Zeitungen von Mai 1962 bis April 1964 in Mannheim eine „Unsere Zeit“ (UZ). Die Zeitung kam alle zwei Wochen mit 12 Seiten Umfang heraus. Als Verleger zeichnete der Mannheimer Schlosser Eugen Straub, ein stadtbekannter Linker, Gewerkschafter und Mitglied der „Naturfreunde“. Als Redakteur fungierte Eberhard Weber.

Die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Karlsruhe wollte Eugen Straub und seinen Redakteur noch nach Einstellung der Herausgabe dieser UZ strafrechtlich verfolgen - wegen Verstoßes gegen das KPD-Verbot. Selbst der „Spiegel“ berichtete damals von diesem Vorgang<sup>4</sup>.

Eberhard Weber übernahm später führende Positionen in der neukonstituierten DKP und war bis 1986 Pressesprecher. Eine Zeitlang war er auch stellvertretender Chefredakteur des nunmehr täglich erscheinenden Parteiorgans „UZ - Unsere Zeit“.

Zunächst nur Wochenzeitung erschien die UZ ab dem 1. Oktober 1973 auch als Tageszeitung mit dem Untertitel „Die Zeitung der arbeitenden Menschen - Zeitung der DKP“. Die Auflage der Tageszeitung UZ betrug 1973 rund 60 000 Exemplare, die der Wochenzeitung UZ rund 50 000. Seit Anfang April 1975 erschien die UZ nur noch als Tageszeitung.

Die Erneuererauseinandersetzung und das Ende der DDR gingen auch an unserer Zeitung nicht vorbei. Die Mitarbeiter – nach meiner Information etwa 40 - konnten nicht mehr bezahlt werden und mussten entlassen werden, die Auflage betrug 1990 noch etwa 20 000 Exemplare, doch sie sank stetig weiter. Zwischen Sommer 1990 und Juli 1996 erschien die UZ nur 14-täglich. Auf dem 13. Parteitag unserer Partei konnte 1996 aber der Beschluss gefasst werden, „Unsere Zeit“ wieder als Wochenzeitung herauszugeben.

Seitdem ist die UZ als 16-seitige Wochenzeitung erhältlich. Zweimal im Jahr geben wir eine „Doppelnummer“ heraus.

Die Zeitung der neukonstituierten DKP wurde 1969 nicht nur als ‚Parteizeitung‘ im engen Sinn, als nur „innerparteiliches Mitteilungsblatt“ und Mittel der Selbstverständigung konzipiert.

Georg Polikeit hob in einem Interview, das im vergangenen Jahr in unserer Zeitung erschien, hervor: „Wir wollten eine Zeitung, die so weit wie möglich über den Kreis der DKP-Mitglieder hinaus Leser und Abonnenten in der Arbeiterklasse und in den demokratischen Bewegungen finden und politische Wirkung ‚nach draußen‘ erzielen sollte. Als die UZ dann ab 1973 Tageszeitung wurde, hieß es im Beschluss des Parteivorstands vom März 1973 dazu, die Zeitung müsse ‚in Inhalt, Thematik, journalistischer Gestaltung Sprache und Stil von Anfang an so gestaltet werden, dass sie den Charakter einer Zeitung trägt, die sich unmittelbar an

die breite Öffentlichkeit, vor allem an die politisch interessierten Arbeiterleser wendet‘.

Das war natürlich eine hoch gelegte Messlatte, die wir mit den zur Verfügung stehenden Kräften und Mitteln oft nur in Ansätzen erfüllt haben.

Aber ich glaube schon, dass die UZ in der ganzen Zeit ihres Erscheinens eine Zeitung war, die die Berichterstattung über Arbeiterkämpfe und demokratische Bewegungen und über die internationale Politik mit einer getreuen Widerspiegelung der Standpunkte und Aktivitäten der Partei zu den verschiedensten Ereignissen und Themen verband.<sup>5</sup>

Auch wenn sich die Rolle der Printmedien seit 1996 verändert hat, die neuen Medien eine immer größere Rolle spielen: Unsere Meinung ist, dass unsere gedruckte Zeitung, die Zeitung der kommunistischen Partei unverzichtbar ist. Mit der UZ wenden wir uns auch heute nicht nur an Mitglieder der DKP und Sympathisantinnen und Sympathisanten, sondern an linke Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, Menschen in der antifaschistischen und der Friedensbewegung, in anderen gesellschaftlichen Bewegungen.

Unsere Berichterstattung ist konsequent gegen die Politik der Herrschenden, gegen Demokratieabbau, Sozialabbau und Krieg gerichtet.

Unsere Zeitung hat als Zeitung der DKP die Aufgabe

- die Politik unserer Partei zu verbreiten und zu erklären;
- das politische und organisatorische Leben der DKP darzustellen;
- zur bundesweiten, einheitlichen Information und Anleitung der Mitglieder der DKP beizutragen, aber vor allem auch zur Vermittlung von Erfahrungen, von Aktionsbeispielen. Die UZ ist ein Mittel für die Orientierung für ein einheitliches Auftreten und Handeln der Kommunistinnen und Kommunisten sowie auch unserer Freunde und Anhänger.
- aktiv beizutragen zur Diskussion um die Weiterentwicklung unserer wissenschaftlichen Weltanschauung.

Mit der UZ haben wir nach wie vor ein wichtiges Mittel

- für eine Berichterstattung, die sich diametral von der bürgerlichen Printmedien unterscheidet, die über historische Zusammenhänge, Hintergründe und unter-

<sup>4</sup> Quelle; <http://www.udo-leuschner.de/zeitungsgeschichte/sonstige/uz.htm>

<sup>5</sup> UZ Nr. 9/2013

schiedliche Klasseninteressen sowie unser sozialistisches Ziel aufklärt und damit den Leserinnen und Lesern argumentative Orientierung gibt,

- zur Vermittlung von Erfahrungen aus betrieblichen und gewerkschaftlichen Kämpfen, aus den Kommunen, der antifaschistischen wie der Friedensbewegung, aus sozialen Bewegungen, aber auch von Anti-AKW-Protesten usw.
- zur Unterstützung von Kampagnen und Wahlkämpfen, zur Beförderung der Entwicklung außerparlamentarischer Bewegungen, über sie auch über unsere Partei hinaus Menschen für Aktionen zu mobilisieren und zu organisieren.<sup>6</sup>

Die UZ wirkt auch heute im Leninschen Sinne nicht nur als kollektiver Propagandist und kollektiver Agitator, sondern hat ihre Aufgabe auch als kollektiver Organisator.

Sicher, dass gelingt uns mit unterschiedlichem Erfolg.

In der bestehenden Redaktion versuchen wir – auf der Grundlage von Programm und Statut der Partei und im Auftrag des Herausgebers, des Parteivorstandes - in der Tradition des Beschlusses von 1973 zu arbeiten. Ich weiß, dass es dazu unterschiedliche Meinungen in unserer Partei gibt. Ich erinnere an Briefe und an zwei Anträge an den 20. Parteitag unserer Partei.

Wir verstehen uns als Zeitung der ganzen Partei, in der unsere Mitglieder ihre Meinung offen äußern können, wenn sie sachlich und mit Respekt vor anderen vorgetragen wird. Es gibt aber keine Beliebigkeit.

Unzufrieden sind wir aber, weil es uns nur selten gelingt, Diskussionsprozesse zu initiieren, Streifragen offen zu diskutieren, wie es beispielsweise in der Leninschen Prawda üblich war. Viel zu oft versanden angeschobene Debatten ...

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir sind derzeit bekanntlich vier in der Redaktion. Über die sich daraus ergebenden Arbeitsprobleme haben wir mehrfach berichtet. Es ist Woche für Woche ein Kampf, unter diesen Bedingungen eine Zeitung zu machen.

Wenn jemand aus der Redaktion krank oder im Urlaub ist, wird es mächtig eng. Unter unseren Bedingungen ist die Eigenverantwortung sehr hoch und ist zugleich ein hohes Maß an Kollektivität und Planung nötig.

---

<sup>6</sup> Siehe beispielsweise auch die Beschlüsse des 13. und des 15. Parteitages der DKP zur UZ

Das gelingt nicht immer:

- Die Planung von Themen und Schwerpunktausgaben bzw. deren Realisierung zu politischen Jahrestagen und Aktionstagen uns in dieser Situation nicht in jedem Fall gelungen ist. Da brauchen wir neben einer langfristigeren Planung, klare Terminvorgaben und Verantwortlichkeiten.
- Oder es sind Fehler passiert wie in der Ausgabe, die zum 1. Mai erschien. Bei aller Konzentration auf die Themen und vor allem die Werbung für das Pressefest und die Vorfreude auf unser Fest haben wir die Wahlkämpfe ausgerechnet in dieser Nummer vergessen.
- Zur Arbeit einer Wochenzeitung gehört es auch, mehr Artikel mit Hintergrundinformationen zu bringen, mehr Beiträge, in den politische Prozesse umfassender aus unserer Sicht eingeschätzt werden. Auch das müssen wir langfristiger angehen.

Gelungen ist es uns aber in den letzten zwei Jahren neue, kompetente Autorinnen und Autorinnen für die UZ zu gewinnen bzw. haben sich Genossinnen und Genossen, aber andere Linke – oft über die Werbetätigkeit des Verlages - bei uns gemeldet, ihre Zuarbeit angeboten. Das müssen wir im Interesse der Entwicklung unserer Zeitung pflegen, ausbauen. Wobei uns sehr wichtig ist, junge Autorinnen und Autoren zu gewinnen.

Zur Zukunft der UZ und ihrer Entwicklung gehört auch, die Redaktion Schritt für Schritt zu verjüngen.

Deshalb haben wir uns in der Redaktion und im Sekretariat verständigt, kompetente jüngere Genossinnen und Genossen für die Redaktionsarbeit zu gewinnen und zu entwickeln. Derzeit unterstützt uns Lars Mörking bei unserer Arbeit. Vorgesehen ist, dass er ab 1. August bei uns mit einer halben Stelle als UZ-Redakteur – aktuell für den Bereich Betrieb und Gewerkschaft – einsteigt. Wir hoffen, dass wir euch auf der nächsten PV-Tagung vorschlagen können, ihn durch den PV als Redakteur zu bestätigen. Wir wollen anderen jüngeren Genossinnen und Genossen die Möglichkeit bieten, die Arbeit der Redaktion über mindestens zwei Ausgaben zu begleiten und uns kennenzulernen. Wir hoffen, dass wir weitere Verstärkung durch jüngere Genossinnen und Genossen erhalten, um den Staffstab mittelfristig weiterzugeben.

In unserer Planung steht, den Internetauftritt der Zeitung zu verbessern mit der Zielstellung einer besseren Verzahnung mit der Printausgabe. Die Möglichkeit, die Zeitung im Internet



im Abo lesen zu können, wird uns gewiss neue Leserinnen und Leser bringen

Wir werden auf unserer Klausur mit dem Verlag im Herbst weiter über ein Redaktionsstatut diskutieren. Darin wird es um die Rechte und Pflichten der Redaktion gegenüber dem Herausgeber gehen, aber auch um die eigene politische Verantwortung und die Kollektivität in der Redaktionsarbeit.

Liebe Genossinnen und Genossen,

es wichtig, dass die UZ aktiv bei Infoständen, Veranstaltungen, bei verschiedensten Aktionen und Demonstrationen verteilt oder verkauft wird.

Es ist deshalb auch bemerkenswert, dass am 1. Mai aus Parteigliederungen mehr als 17 500 UZ auf DGB-Demonstrationen, Kundgebungen und Feiern unter die Leute gebracht wurden und viele unsere Zeitung als Interessenvertreterin der Arbeiterinnen und Arbeiter wahrnehmen konnten. Auch konnte da manches Gespräch geführt werden.

Es ist ausgezeichnet, dass während des DGB-Kongresses in Berlin die UZ – wohl erstmalig in den letzten Jahren – sogar zwei Mal verteilt wurde und nach Aussagen eines Genossen aus Berlin gut ankam. Hermann berichtete uns am Donnerstag von der 2. Aktion: „Ich denke, die Akzeptanz der UZ durch die Delegierten war heute noch höher, um 10 nach 9 waren wir fertig. Interessant fand ich besonders, wie das gleiche Publikum auf die zweite UZ in einer Woche reagiert hat - ich habe nur eine einzige negative Bemerkung gehört (und zwar die hochintellektuelle Feststellung eines Mannes, dass ‚die DDR nicht mehr existiert‘, da konnte ich nur mit einem Aschaffener ‚ach komm‘ antworten). Die ‚Gib mal her‘ ... waren mit Sicherheit die große Mehrheit. Dazu hat - denke ich - natürlich beigetragen, dass wir nicht nur druckfrisch, sondern bereits mit einem Bericht ‚von innen‘ vor Ort waren.

Gute Aktion, so werden wir das auch an die Berliner Genoss/innen weiterkommunizieren. Hoffentlich hilft's ein wenig.

Wir kehren hier zum normalen ‚Verteilalltag‘ zurück, bis zum Wochenende werden wir so an 20 000 unserer Berliner Extraausgabe in die Briefkästen drücken. Schließlich will man

sich ja demnächst nicht nur in Dortmund, sondern auch in Brüssel wiedersehen.“

Liebe Genossinnen und Genossen,

am heutigen Tag finden in der Bundesrepublik Aktionen der Blockupy-Bewegung statt. Sie wenden sich nicht nur gegen die geheimen Verhandlungen über das TTIP, sondern erinnern auch an die Polizeiwillkür vor bald einem Jahr in Frankfurt a. Main, als ein Teil der Demonstration 9 Stunden lang eingekesselt war. Bei den Aktionen wird gewiss auch darauf verwiesen werden, was das Assoziierungsabkommen mit der Ukraine für die Mehrheit der Menschen dort bedeutet: Nämlich noch mehr Armut und Abbau von Rechten. Schade, dass unsere Terminplanung und dieser Aktionstag sich überschneiden.

Für den 31. Mai ruft die Friedensbewegung zu neuen Protesten gegen die Politik von USA, EU, Nato und deutscher Regierung im Zusammenhang mit der Ukraine.

Vor unserem Pressefest gibt es also noch eine Reihe von Anforderungen an unsere Partei.

Wir werden in der UZ die internationalen Blockupy-Aktionen auswerten, ebenso natürlich die Europawahlen, für den Aktionstag der Friedensbewegung werben und natürlich weiter aktiv für unser Fest der Solidarität, des Friedens, des Antifaschismus und Antikapitalismus.

Wir sind dabei Überlegungen zu entwickeln, wie wir mit der UZ die Herbstaktionen mit vorbereiten und begleiten können. Wir werden die Debatte zur Vorbereitung des Parteitages auch auf den Seiten unserer Zeitung planen und organisieren.

Lasst uns aber zuvor ein Pressefest durchführen, auf dem wir zeigen, dass die Kommunistinnen und Kommunisten in diesem Land aktiv eingreifen in die heutigen Auseinandersetzungen, trotz der Meinungsverschiedenheiten, die es unter uns gibt!

Lasst uns mit unserem Pressefest ein klares öffentliches Signal gegen die Politik der Herrschenden, gegen Sozial- und Demokratieabbau, gegen Krieg und Faschismus setzen!

# 8. Tagung des Parteivorstands der DKP

17./18. Mai 2014, Essen

---

(Unkorrigiertes Manuskript  
Es gilt das gesprochene Wort.)

## Zur Lage der Partei / EU-Wahlkampf / Vorbereitung 21. Parteitag

**Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP**

Liebe Genossinnen und Genossen,

auf der 6. und 7. PV-Tagung haben wir uns auch mit den Tendenzen zur organisationspolitischen Auseinanderentwicklung befasst. Gefahren wurden benannt und das Sekretariat beauftragt, ein Diskussionsangebot an die Teilnehmer der zwei Treffen zu machen. Die Bezirke, die sich mehrheitlich auf Positionen sehen, die im Widerspruch zu den Beschlüssen des 20. Parteitags stehen, wurden aufgefordert mitgliederoffene Veranstaltungen zu organisieren, bei denen das Sekretariat des Parteivorstands seine Haltung darstellen kann.

Das Treffen zu dem die Teilnehmer der zwei Treffen eingeladen waren, fand am 6. April 2014 statt. Neben Mitgliedern des Sekretariats nahmen etwa. 15 Genossinnen und Genossen teil. Hinsichtlich der Termine in den Bezirken gab es eine Veranstaltung in Niedersachsen, eine weitere befindet sich wohl in der Planung, es gab ein Streitgespräch zu Fragen der EU in Schleswig-Holstein. Eine Veranstaltung in Südbayern befindet sich in der Terminabstimmung. Die Genossinnen und Genossen aus dem Saarland halten ein solches Treffen erst im Herbst, nach der Veröffentlichung des Entwurfs des Leitetrags für sinnvoll.

Weitere Bezirke haben sich trotz Erinnerung nicht zurückgemeldet. Wir gehen nicht davon aus, dass dies bedeutet, dass sie mittlerweile keinen Widerspruch mehr zu den Beschlüssen des 20. Parteitags haben.

Welche wesentlichen Punkte lassen sich nach den bisherigen Beratungen zusammenfassen?

- 1) Es gibt eine Ebene der Gerüchte. Hier laufen wir Gefahr, dass dies dazu führt, dass über die tatsächlich vorhandenen tiefen Meinungsunterschiede gar nicht mehr diskutiert wird, weil sich andere Dinge in den Vordergrund schieben.
- 2) Es gab keine Bereitschaft bereits vollzogene organisationspolitische Maßnahmen, vor allem auch die Gründung des Vereins „marxistische Linke“ noch einmal in Frage zu stellen. Der Verein wird als Initiative zur Zusammenführung

linker, marxistischer Kräfte dargestellt, der nichts mit einer Formierung innerhalb der DKP zu tun habe. Weitergehende Entwicklungen, wie der erste internationale Auftritt als Organisation wurden zuerst abgestritten erwiesen sich aber als real. Im Gespräch am 6. April wurden wir aufgefordert den Verein anzuerkennen und mit ihm eine normale Zusammenarbeit zu entwickeln, ihm die Teilnahme mit einem Beitrag am UZ-Pressefest zu ermöglichen. Dies habe ich in meinem Schlusswort zurückgewiesen, habe aber selbstverständlich auch gesagt, dass auch das Sekretariat und der Parteivorstand sich mit dieser Frage befassen müssen. Das Sekretariat hat sich meiner Position angeschlossen. Mittlerweile hat sich der Chefredakteur von kommunisten.de, Genosse Michael Maercks, für den Verein und für dieses Portal an den Parteivorstand gewandt, um beim Pressefest einen Zeltbeitrag gestalten zu können. Ich empfehle dem PV dieses Ansinnen abzulehnen.

- 3) Dieser Komplex hat am 6. April leider auch anfängliche Ansätze inhaltliche Fragen zu benennen, die es zu diskutieren lohnt, überdeckt. Als Fragen benannt wurde die Imperialismusanalyse und die Einschätzung über Gemeinsamkeiten und Konkurrenz im Imperialismus. Wir sollten diese Fragen durchaus bei der Diskussion des Leitetrags für den 21. Parteitag aufgreifen.
- 4) Dieser Leitetrags selbst spielte am 6. April aber auch bei den Diskussionen in den Bezirken Niedersachsen und Schleswig-Holstein eine Rolle. Der Leitetrags wurde dabei nicht als Dokument charakterisiert anhand dessen eine zeitlich ausreichende Diskussion, Meinungsbildung und auch Entscheidung stattfinden kann, es wurde vielmehr die Gefahr der Ausgrenzung formuliert. Es gab die Position, dass doch die grundsätzlichen Fragen im Programm definiert seien. Der Verweis auf die Unterschiede zwischen Programm und den, vor allem auch auf den beiden Treffen und durch den Verein wiederbelebten „Thesen“ z.B. in den Fragen der Bedeutung der Hegemonie oder der Frage unserer Weltanschauung führt

hier möglicherweise doch noch zum Nachdenken.

Die bisher gelaufenen Termine haben insofern keine Annäherung gebracht. Ich habe allerdings den Eindruck, dass der Klärungsprozess innerhalb der Partei trotzdem weitergeht und zwar tatsächlich in einer Dialektik von Theorie und Praxis. Mein Eindruck ist, dass der Europawahlkampf und die Ereignisse in der Ukraine, sowie das praktische Handeln der Partei zur Solidarität mit den Antifaschisten in der Ukraine, klärend wirken. Klärend zumindest in dem Teil der Partei, der bisher manche Auseinandersetzung nicht nachvollziehen konnte.

Der Europawahlkampf bringt allerdings auch eine neue Zuspitzung. Es ist doch gänzlich neu, dass in einer Situation, in der es eine mit großer Mehrheit beschlossenen Eigenkandidatur der DKP zur EU-Wahl gibt, mindestens eine Gliederung der Partei, in diesem Fall der Kreisvorstand der DKP München einen Wahlauftrag herausgibt, in dem die Wahlempfehlung offen bleibt, in dem nicht aufgerufen wird die DKP zu wählen. Die Formulierungen sind so gewählt, dass man mit viel Blauäugigkeit auch sagen kann, der Aufruf lässt aber die Wahl der DKP auch zu. Das stimmt, er rät nicht direkt ab - zumindest, wenn man die Kandidatur der DKP und die Stimmabgabe für die DKP nicht als bloß symbolisch ansieht.

Aus meiner Sicht ist das eine ziemliche Zockerei, aus meiner Sicht wird die Salamiaktik der gezielten Provokationen fortgesetzt. Die Mehrheit des Parteivorstands soll in einen Spagat zwischen Überreaktion und an der Nase herumführen gezwungen werden. Eine Zwickmühle zwischen Mitgliedern, die über die Führung lächeln, weil durch bewusste Regelverletzung der oppositionelle Spielraum ausgeweitet wird und Mitgliedern, die der Führung angesichts dieser Situation Tatenlosigkeit vorwerfen. Das sind ja Dinge, die erfahrene Genossinnen und Genossen durchaus beherrschen, die in vielen Fällen des politischen Lebens im Betrieb, in der Kommune auch sehr sinnig sind. Als Instrumente der Auseinandersetzung in der Partei sind sie in diesem Ausmaß neu.

Generell bleibe ich dabei, dass das Szenario zur Überwindung dieser Situation mindestens bis zum 21. Parteitag ausgelegt sein muss und dass das Wesen der Klärung ein inhaltlich ist.

Aber die Tendenz, dass Genossinnen und Genossen, Mitglieder des Parteivorstands nicht nur intern um die Veränderung von Beschlüssen ringen, die sie falsch finden, sondern diese öffentlich umgehen und unterlaufen, treibt

auseinander. Es ist schon ein Spagat, wenn auf die Frage von Freunden, wen soll ich denn bei der EU-Wahl wählen, einmal geäußert wird „die DKP“ und einmal „begnüge Dich nicht mit einem symbolischen Protest, sondern stärke die Fraktion der Vereinten Europäischen Linken“, wie es im Aufruf des Kreisvorstands München heißt. Was wird wohl auf die Nachfrage welche Partei demnach also zu wählen sei, wohl geäußert? Es ist schon ein Spagat, wenn viele Genossen zuerst überlegen, wie Infostände der DKP abzusichern sind und wie darüber hinaus Bündnisstrukturen unterstützt werden, als, wenn dies andersherum geschieht. Wie lautet die Antwort auf die Frage, wo soll ich mich organisieren in der DKP oder der marxistischen Linken, wo soll ich meine Kraft einbringen. Ja, es gab zu allen Zeiten das Engagement außerhalb der Partei und das ist auch gut so, aber es gab das in Abstimmung mit der Partei.

Jetzt werden wieder die Hinweise auf T&P, auf die Berliner, den Rotfuchs und was weiß ich alles kommen. Ich glaube aber, dass alle wissen und sich auch dessen bewusst sind, dass die jetzigen Prozesse alles, was es in der Vergangenheit gab, weit hinter sich lassen. Auch inhaltlich kommt man doch gar nicht mehr von diesem Zug, weil es oft nicht mehr um die streitbare Debatte miteinander, sondern um das Punkten gegenüber der Führung der Partei geht. Anders ist doch, angesichts dessen was wir zur Ukraine geäußert haben, eine unsinnige Infamie nicht zu erklären, die auf kommunisten.de formuliert: „Während Linke in der Ukraine außerhalb der traditionellen kommunistischen Bewegung Russland des regionalen Hegemonismus und großrussischer Bestrebungen und Einmischungen anklagen, verkündet – von der DKP-Plattform dkp.news unterstützt – gewisse deutsche Linke, dass ein Dritter Weltkrieg nur an der Seite und im Bündnis mit der Russischen Föderation und Putin verhindert werden könne.“

Auf Dauer lässt sich das nicht aushalten. Ja, deswegen schlagen wir vor, dass der 21. Parteitag auch Fragen entscheidet. Ob er das dann tut ist die souveräne Entscheidung des höchsten Gremiums unserer Partei. Er soll diese Entscheidung treffen nach einer breiten Diskussion an der Basis der Partei und im Wissen der Basis, dass diese Fragen vor den Genossinnen und Genossen stehen wird, die als Delegierte gewählt werden. Das ist alles andere als Ausgrenzung, das ist ein demokratischer transparenter Prozess.

Wir legen Euch dazu heute den Entwurf einer Gliederung vor. Auch sie lässt schon vieles

transparent werden und sie soll nach der Diskussion und Beschlussfassung die Grundlage für den Entwurf des Dokuments sein, dass wir im September vorlegen und dann als Entwurf in die Parteidiskussion geben wollen. Dieser Entwurf soll auf neue Fragen orientieren und andere zu einem vorläufigen Abschluss bringen.

Der Entwurf der Gliederung schlägt fünf Kapitel vor. Das erste Kapitel soll neue Fragen und Entwicklungen umreißen, denen wir uns stellen müssen und zwar zu Entwicklungen innerhalb des modernen Kapitalismus und den Strukturveränderungen und der Bewusstseinsentwicklung der Arbeiterklasse. In diesem Kapitel orientieren wir auf Fragen, die auch nach dem 21. Parteitag weiterdiskutiert werden müssen, im Bereich der Außenpolitik, der Innenpolitik und zur Rolle der Partei.

Im zweiten Kapitel verdeutlichen wir, dass unser 2006 beschlossenes Programm grundsätzlich unsere Identität als kommunistische Partei definiert. Wir verweisen auf Fragen, bei denen wir seit dort in der Debatte weitergekommen sind und die sich aus heutiger Sicht beantworten lassen, nämlich die Frage unserer weltanschaulichen Grundlage und des notwendigen Kampfes um die Hegemonie.

Im dritten Kapitel verweisen wir auf die strategischen Überlegungen des Parteiprogramms, die sich auch heute bestätigen und verweisen auf die Notwendigkeit der Präzisierung angesichts der aktuellen Gegebenheiten, vor allem angesichts der aktuellen Krise des Kapitalismus und der Erfahrungen mit ihr.

Im vierten Kapitel stellen wir diese Präzisierungen dar und zwar für die internationale Arbeit und für die nationale Ebene.

Im fünften Kapitel ordnen wir das ein in unsere Orientierung auf die Interessenvertretung in Betrieb und Kommune.

Die heute vorliegende Gliederung ist recht detailliert, so dass durchaus schon erkennbar ist in welche Richtung wir denken. Wir wollen hier von Anfang an transparent agieren. Dass wird unsere Meinungsunterschiede nicht zwingend lösen, aber für die Partei nachvollziehbar machen. Und das ermöglicht einen Diskussionsprozess der ganzen Partei, der dazu dient die Entwicklungen zu erfassen und eine adäquate Strategie und Taktik der Partei zu entwickeln. Im September wollen wir dann den Entwurf des Papiers, einen Fahrplan für die weitere Vorbereitung des Parteitags und die Einberufung selbst beschließen. Als Termin

des Parteitags schlagen wir den 14./15. November 2015 vor. Wenn ihr dem folgt, beginnen wir mit der entsprechenden Suche nach Räumlichkeiten.

Liebe Genossinnen und Genossen,

aus meiner Sicht hat die Entwicklung der politischen Realitäten auch nach der Beschlussfassung der Eigenkandidatur zu den EU-Wahlen die Richtigkeit dieses Beschlusses mehrfach bestätigt. Damit meine ich den EU-Wahlparteitag der Linkspartei, der sowohl große Illusionen in die EU zum Ausdruck brachte, als auch personell einen Rechtsruck symbolisierte. Damit meine ich die Entwicklungen in der Ukraine, bei der die EU und Deutschland eindeutig als Aggressor wirkten. Damit meine ich die Gefahr für die friedenspolitische Konsequenz der Linkspartei, die sich in der erstmaligen Zustimmung von 5 ihrer Abgeordneten und der Enthaltung von weiteren 18 ausdrückt.

Aber auch die Partei selbst hat gezeigt, dass sie diesen Wahlkampf führen will. Er ist noch nicht rum, aber eines unserer hauptsächlichsten Wahlziele haben wir schon erreicht, die Partei ist wesentlich mehr nach außen gegangen. Ich kann mich nicht erinnern, dass in den letzten fünf bis zehn Jahren so viele öffentliche DKP-Veranstaltungen zu einem Thema stattgefunden haben. Ich habe selbst an öffentlichen Veranstaltungen von DKP-Gliederungen in Oldenburg, Siegen, Köln und Krefeld teilgenommen. Es war immer auch ein relevanter Anteil an Nicht-Mitgliedern der Partei anwesend und meist waren die Veranstaltungen mit über 30 Teilnehmern gut besucht. Ich weiß von vielen Kandidatinnen und Kandidaten, die an öffentlichen Veranstaltungen teilgenommen haben. Ich nenne nur mal Werner Altmann und Lucas Zeise. Es gab öffentliche Veranstaltungen außerhalb unserer Partei, die sich mit uns und unserer Kandidatur befassten und bei denen es große Zustimmung zu unserer Kandidatur gab. Und nicht zuletzt, die UZ-extra wurde mit einem absoluten Rekordergebnis bestellt und das obwohl parallel noch einiges an Wahlmaterialien zu den Kommunalwahlen erschien, die in vielen Bundesländer zeitgleich mit der EU-Wahl stattfinden.

Welches Wahlergebnis erwarten wir uns für unsere Partei? Bei den EU-Wahlen 2004 erhielten wir 37.160 Stimmen, bei den EU-Wahlen 2009 25.615. Jetzt haben wir die Situation, dass nicht alle Teile der Partei offensiv um Stimmen für die DKP werben. Also haben wir ein kleineres Aktiv und wahrscheinlich auch kein flächendeckendes Wirken. Wenn es uns dann gelingen würde trotzdem die Zahl der

Stimmen im Verhältnis zu 2009 zu erhöhen, wäre das ein Signal für uns selbst und nach außen – ich bin gespannt und nicht ohne Hoffnung.

In Bayern liegen die Kommunalwahlen hinter uns. In Nürnberg, München und Wasserburg konnten wir über Listen der Linkspartei bzw. in Nürnberg über eine Linke Liste Mandate für Genossinnen und Genossen erreichen, wir gratulieren den gewählten beiden Genossinnen und dem Genossen. In München gab es im Nachhinein eine Debatte in der Linkspartei, unser Genosse sollte zur Rückgabe des Mandats aufgefordert werden. Teile der Linkspartei argumentierten wohl, dass ihnen gegenüber bezüglich der DKP-Mitgliedschaft nicht mit offenen Karten gespielt worden wäre. Hier werden wir sicher im Lauf der PV-Tagung zusätzliche Infos erhalten.

Parallel zu den EU-Wahlen finden in einer Woche Kommunalwahlen in Baden-Württemberg, Brandenburg, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, NRW, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen statt.

Nach den uns vorliegenden Meldungen gibt es Kandidaturen aus unseren Reihen in Baden-Württemberg, Brandenburg, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, NRW und dem Saarland und zwar wie folgt:

In Baden-Württemberg kandidiert die DKP in Heidenheim zum Rat, in Stuttgart kandidieren je 2 Genossinnen und Genossen konfliktfrei auf den Listen von SOS und der Linken, die bislang im Rat auch eine Fraktionsgemeinschaft bildeten. In Freiburg kandidieren wir auf der Linken Liste. In Brandenburg kandidieren wir als DKP in Königs Wusterhausen, Wildau, Friedersdorf und Elsterwerda sowie auf der bunten Liste in Schwedt. In Hamburg kandidiert ein Genosse auf einem hinteren Platz für eine Bezirksversammlung bei der PdL. In Mecklenburg-Vorpommern kandidiert ein Genosse als DKP-Mitglied und Einzelbewerber in

Gottesgabe. In NRW kandidieren im Rheinland Genossen mit DKP-Listen für die Bezirksvertretungen in Köln-Kalk, Köln-Innenstadt und in Düsseldorf-Gerresheim. Auf Listen der PdL kandidieren Genossen in Wuppertal, Kerpen, Solingen, Bergisch-Gladbach und Aachen. In Ruhr kandidieren DKP-Listen zum Rat in Bottrop, Gladbeck und Essen, in Bottrop auch für alle 3 Bezirksvertretungen, in Essen für 2 Bezirksvertretungen als DKP und in zwei weiteren als Bürgerliste Nord. In Dortmund kandidieren DKP-Listen für 2 Bezirksvertretungen. In Bochum kandidiert die Soziale Liste als gleichberechtigtes Bündnis für den Rat und die Bezirksvertretungen. In Oberhausen kandidieren Genossen auf der Liste der PdL. Im Saarland kandidiert die DKP für den Rat der Stadt Püttlingen. Keine Kandidaturen gibt es nach unseren Informationen in Sachsen-Anhalt, Thüringen und Rheinland-Pfalz. Zu Recht sagen wir immer, dass Kommunalpolitik keinesfalls mit Kandidaturen oder Sitzen in Kommunalparlamenten gleichzusetzen ist. Aber dieses Bild der Kandidaturen dürfte schon Hinweise auf unsere Verankerung geben. Das heißt dann auch, dass es noch ein langer Weg ist die Kommunalpolitik, das zweite Standbein unserer Arbeiterpolitik in der ganzen Partei stärker zu verankern. Hervorheben möchten wir, dass es doch Fortschritte in unseren Organisationen im Osten der Republik gibt, das ist sehr gut.

Wir gratulieren natürlich allen Genossinnen und Genossen, die um die Absicherung ihrer Kandidatur kämpfen mussten. Herausragend ist hier sicher das Ergebnis in Essen, wo die Genossinnen und Genossen die Unterschriften von über 1.000 Bürgerinnen und Bürgern gesammelt haben. Diese Kampagne hat die Partei auf die Straße gebracht, auch wenn die Genossen einschätzen, dass der Wiedereinzug in den Rat doch sehr schwer wird. Wir drücken allen Genossinnen und Genossen die Daumen und wünschen auch für die letzte Woche des Wahlkampfes viel Erfolg und gutes Wetter.

# 8. Tagung des Parteivorstands der DKP

17./18. Mai 2014, Essen

---

(Unkorrigiertes Manuskript,  
Es gilt das gesprochene Wort.)

## Einleitung zur Auswertung der Mitgliedsbuchneuausgabe

**Wera Richter, stellvertretende Vorsitzende der DKP**

Liebe Genossinnen und Genossen,

bei der Mitgliedsbuchneuausgabe (MBNA) haben wir nun eine Zahl, aber leider immer noch keine Auswertung. Die letzte Zahl aus einem Bezirk haben wir unmittelbar vor der Parteivorstandstagung bekommen. Aus mehreren Bezirken gibt es nicht mehr als die blanke Endzahl der ausgegebenen Mitgliedsbücher. Über die hier noch einmal sichtbar gewordene organisationspolitische Schwäche, insbesondere in den Flächenländern, haben wir bereits auf der 7. PV-Tagung diskutiert.

Wir sind uns darüber im Klaren, dass mit der heutigen Sitzung und dem Nennen der Endzahlen aus den Bezirken die Arbeit keineswegs getan ist. Die wichtigsten Ergebnisse liegen nicht vor. Die blanken Zahlen sagen nichts über die Qualität aus, nichts zum Beispiel über Verankerung und Arbeitsweise, nichts über die Arbeit mit der UZ, nichts über positive oder negative Entwicklungen und ihre Ursachen. Wir schlagen deshalb vor, dass wir im Frühherbst auf einer Beratung mit den Bezirken gemeinsam eine ausführliche Auswertung vornehmen.

Die Zahl, die vorliegt ist ernüchternd. Sie liegt bei knapp 3000 – Wir sind aber sicher, dass wir diese noch erreichen.

Genosse Uwe Fritsch hat schon bei der letzten PV-Tagung darauf hingewiesen, dass wir den Mund sehr voll genommen haben. Wir hatten als Ziel ausgegeben, „Der Status quo reicht uns nicht“ und damit gemeint, dass wir durch den zweiten Teil der Mitgliedsbuchneuausgabe, eine Offensive in der Mitgliederwerbung, die Verluste ausgleichen könnten. Das war eine Fehleinschätzung. Real sind wir die zweite Phase gar nicht angegangen, aber selbst wenn wir ernsthaft um neue Mitglieder gerungen hätten, wäre das Ziel nicht erreichbar gewesen.

Wir haben die Partei und ihre Strukturen und ihr Umfeld überschätzt, den organisatorischen Akt vor allem in den Flächenländern und die Zahl der sog. Karteileichen unterschätzt. MBNA, Wahlkämpfe und Pressefest waren als

Einheit gedacht, sind aber so nicht wahrgenommen worden.

Dennoch war es aus unserer Sicht – bei allen technischen Fehlern - richtig, die Mitgliedsbuchneuausgabe überhaupt zu machen. Wir sind auch der Meinung, dass eine so lange Phase ohne Mitgliedererhebung nicht wieder passieren sollte. Und es war aus unserer Sicht auch richtig, die Erhebung mit der Frage der Werbung neuer Mitglieder zu verbinden. Es ist eine Frage, der wir uns stellen müssen, wenn auch mit viel genaueren Überlegungen und realistischen Zielen.

Wir haben es jetzt mit einer bereinigten, mit einer realen Zahl zu tun. Die Letzte MBNA war im Jahr 2006. Wir haben es, das wiederhole ich, nicht mit einer politischen Austrittswelle zu tun, sondern mit der Tatsache, dass wir überaltert sind, die Genossen sterben und kein Nachwuchs in ausreichender Zahl gewonnen wird. Dieser anhaltende Trend ist nicht gestoppt und wir werden ihn auch mittelfristig nicht stoppen. Verluste gibt es sicher auch am Rande unserer Kollektive und Gliederungen. GenossInnen, die nicht eingebunden werden konnten und sich dadurch über die Jahre immer mehr entfernt haben und schließlich verloren waren.

Die Verluste sind strömungsübergreifend. Nicht erklärbar sind die großen Unterschiede – von 3 bis 20 Prozent. Vielleicht können wir in der Diskussion Antworten geben.

Warum war es aus unserer Sicht auch im Nachhinein richtig, die Mitgliedsbuchneuausgabe kampagnenartig anzugehen? Eine Kampagne ist ein Instrument zur Überprüfung der Arbeit, der Stärke und Fähigkeiten. Wir haben nicht nur eine Zahl, sondern auch einen realen Blick auf unsere Organisation und ihre Schwächen insbesondere in den Flächenländern. Zu diesem Blick gehört auch die sicher nicht ganz neue Einsicht, dass wir große Schwierigkeiten haben, Mitglieder zu gewinnen.

Wir müssen genauer analysieren, woran das liegt und diskutieren, wie wir an die Frage der Mitgliedergewinnung rangehen, wie sich die Partei entwickeln und wie sie arbeiten muss, um attraktiv für außenstehende Kommunisten, Antikapitalisten und Kolleginnen und Kollegen zu sein.

Wir beobachten – ob das stimmt sollten wir zusammentragen – dass unser Umfeld wächst, dass mehr Menschen, die sich gegen Missstände wehren und zusammen tun auch uns beobachten und unserer Positionen und unsere Partei kennenlernen wollen. Von vielen Wahlkampfveranstaltungen haben wir gehört, dass die Zahl der Nichtmitglieder größer war als sonst.

In der Konzeption zur Mitgliedsbuchneuausgabe haben wir gesagt, dass der Weg zur Mitgliedergewinnung nur über erhöhte Außenwirkung und Aktionstätigkeit laufen kann, durch verlässliche Bündnisarbeit und offensives Auftreten.

Dass wollten wir tun am LL-Wochenende, am 1. Mai und auf den Ostermärschen und vor allem in den Wahlkämpfen. Was den EU-Wahlkampf angeht, haben wir dazu das nötige Material zur Verfügung gestellt – und es ist zum Teil in Massen angefordert und verteilt worden.

Die UZ und der Compress-Verlag haben das ganze mit großen Anstrengungen durch UZ-extra, UZ-Verteilaktionen und Werbemaßnahmen flankiert. Es gab regelrechte Rekordzahlen.

Und es gibt Erfolgsmeldungen. Ein Teil der Partei war ungeheuer aktiv. Es wurden inaktive GenossInnen durch die Wahlkampfaktivitäten wieder einbezogen und es gibt auch Meldungen von Neuaufnahmen, die getätigt wurden oder in Aussicht stehen.

Wir sind momentan aber offensichtlich nicht in der Lage, die Partei in ihrer Gesamtheit in die Aktion zu führen. Das liegt an politischen Differenzen – deutlich im EU-Wahlkampf – und das liegt an der großen Unterschiedlichkeit in unseren Strukturen, die gar nicht überall in der Lage sind, einen aktiven Wahlkampf zu führen. Die Partei ist nicht flächendeckend aktionsfähig. Sie hat nicht mehr flächendeckend Kollektive, die Wahlkämpfe organisieren und durchführen können.

Es gibt ein weiteres Problem, dass in unserer Verfasstheit liegt. Selbst das enge und mit uns deutlich sympathisierende Umfeld, zum Bei-

spiel sich als kommunistisch verstehende Antifaschisten, kommen nicht zu uns. Für sie ist die Hürde nicht in erster Linie die Organisationsform Partei, sondern das, was sich in der Partei abspielt. Damit meine ich nicht die anhaltende Auseinandersetzung, sondern eher ein kulturelles Problem. Sie sehen uns rödeln und in Hinterzimmern sitzen und das richtige diskutieren und können sich nicht vorstellen, auch so zu arbeiten. Sie sehen uns zu selten draußen, in Aktion, kämpfend. In der Tat ist es vielerorts wenig attraktiv, was sich in den meisten unserer Parteigruppen abspielt. Nicht nur wegen der Überalterung. Das heißt, selbst bei politischer Übereinstimmung stellen wir insbesondere bei Jüngeren momentan nicht immer die Organisation dar, der man sich anschließt.

Es ist die Diskussion um Neuaufnahmen, die wir aus unserer Sicht nun ernsthaft beginnen müssen und dazu war die Mitgliedsbuchneuausgabe allemal sinnvoll. Sie hat uns gezeigt, dass es so einfach wie in der Konzeption skizziert nicht geht, sie drängt uns aber auch, die Sache besser anzugehen.

Wir haben Hebel. Wir haben die Inhalte, die gebraucht und zum Teil geteilt werden. Wie haben Alleinstellungsmerkmale durch Weltanschauung und das sozialistische Ziel, durch den Anspruch die Interessen der Arbeiterbewegung konsequent zu vertreten, durch eine konsequente Antikriegsposition und eine illusionslose Sicht auf die EU. Wir haben das Umfeld, das genauer zu analysieren ist. Und wir haben einen Jugendverband an unserer Seite. Er ist nicht unser Reservoir für Neuaufnahmen, wenn auch die Kader momentan aus ihm kommen müssen. Die SDAJ ist unser Schlüssel mit der Jugend in Kontakt zu kommen und mit ihm um die Rechte der Jugend zu kämpfen.

Dieser Jugendverband hat mit uns einen Ratschlag durchgeführt, um über Arbeiterjugendpolitik und gemeinsames Eingreifen zu diskutieren. Er hat das sehr ernst genommen. Im Gegensatz zu uns. Wir waren schlecht vertreten und eher konsumierend denn vorbereitet. Die Jugendpolitische Kommission wird das auf ihrer nächsten Sitzung auswerten. Die Referate werden in einem DKP-Info veröffentlicht. Wir sollten solche Chancen nicht oft verstreichen lassen.

Bereits in der Konzeption zur Mitgliedsbuchneuausgabe hatten wir beschlossen, uns auf Bezirks- und Kreise-Ebene mit der SDAJ zu treffen, um über LL-Wochenende, Wahlkämpfe, Pressefest und die AJP-Kampagne zu reden. Ich fürchte, in den wenigsten Bezir-

ken ist das organisiert angegangen wird. Da ist es gut, dass die SDAJ nicht locker lässt. Auf dem Pressefest wollen sie möglichst in allen Bezirken auftreten, sich an Diskussionsrunden beteiligen und sich und ihre Zeitung, die position, vorstellen. Dort, wo das noch nicht verabredet ist, sollte das noch getan werden.

Wir sind der Meinung, dass wir mit einer Diskussion um die Stärkung der Partei durch Mitgliedergewinnung beginnen müssen.

- Was hemmt uns? Wo gibt es positive Erfahrungen?

- Sprechen wir Sympathisanten überhaupt noch auf die Mitgliedschaft an?
- Was heißt es, ein Umfeld zu schaffen, an der Verankerung zu arbeiten?
- Welches sind die Gruppen und Menschen, die von uns ansprechbar sind?
- Müssten wir nicht enger mit MigrantInnen-gruppen und unseren ausländischen Genossen zusammenrücken?

Natürlich geht es in der Diskussion auch darum, wie ihr die Ergebnisse der MBNA bezirklich ausgewertet habt, soweit nicht schon auf der letzten Sitzung vorgetragen und über welche Konsequenzen ihr diskutiert.



## 8. Tagung des Parteivorstands der DKP

17./18. Mai 2014, Essen

---

### Beschlüsse

#### **Die Waffen nieder in der Ukraine! Stoppt die NATO**

Die DKP unterstützt den Aufruf des Kasseler Friedensratschlags „Die Waffen nieder in der Ukraine! Stoppt die NATO“ und ruft ihre Gliederungen zur Teilnahme an den dezentralen Aktionen am 31. Mai auf.

Einstimmig

---

#### **Solidarität mit den Antifaschisten und Verfolgten in der Ukraine! Kein Verbot der Kommunistischen Partei!**

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) steht als Partei des Friedens, des gesellschaftlichen Fortschritts und des Sozialismus im Ukraine-Konflikt klar und unzweideutig an der Seite derer, die sich gegen den Putsch wehren, der im Februar eine Koalitionsregierung aus Konservativen, Ultranationalisten und Faschisten an die Macht brachte.

Dieser Putsch führte zu dem immer bedrohlicheren Szenario in der Ukraine mit Toten und Verletzten. Die Abspaltungspläne russischstämmiger und anderer Bürgerinnen und Bürger, die sich nicht anders zu helfen wissen, als per Referenden von Kiews Willkürherrschaft loszukommen, war dagegen die Reaktion auf den Putsch. Und noch mehr ist sie eine Reaktion auf das, was dem Putsch folgte. Trotz der diesbezüglich deutlichen Genfer Vereinbarungen gehen die ukrainischen Putschisten militärisch gegen die Menschen vor, die sich ihnen nicht beugen wollen. Sie nennen sie „Terroristen“, obwohl es nur einen Terror gibt: den Einsatz von Panzern gegen die Bewohnerinnen und Bewohner der Ostukraine. Den Terror der Faschistenhorden, die das Gewerkschaftshaus von Odessa angezündet haben, die Menschen verbrennen, erschlagen und erschießen. Und den Terror der Polizisten, die dabei zuschauen und sich mitschuldig machen.

Diejenigen, die von den Mörderbanden Terroristen genannt werden, äußern sich dagegen per Volksabstimmung. Diese Form der Demokratie ist Parlamentspolitikern in Deutschland suspekt. Von militärischen Aktionen der Aufständischen Richtung Kiew, zur Niederringung einer nach ukrainischer Verfassung illegitimen Regierung ist nichts zu sehen. Wohl aber von Hunderten Toten nach Angriffen der regulären sowie der Sondereinheiten der illegalen Staatsmacht.

Dass der Putsch vom Februar gegen die ukrainische Verfassung verstößt, dazu hört man nichts von Außenminister Walter Steinmeier oder von Bundespräsident Joachim Gauck, von Kanzlerin Angela Merkel gar nicht erst zu reden. Es geht eben nicht um die Menschenrechte einer Julia Timoschenko, die ihre Vorstellungen wie „mit Russen umzugehen“ sei, vor Wochen, an Deutlichkeit nicht zu überbieten, ausgedrückt hat. Es geht bei den Opfern des Staatsterrors „nur“ um Linke und Russen – deren Rechte scheinen durch die deutsche Staatsräson nicht gedeckt.

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich von den Faschisten klar und deutlich zu distanzieren und stattdessen die Antifaschisten in der Ukraine zu unterstützen.

Gespräche zur Lösung der Krise unter Ausschluss eines Konflikteils sind sinnlos. Wer Frieden für die Ukraine will, muss auch in diesem Sinne Druck auf das Regime ausüben. NATO- und EU-Staaten tun das Gegenteil. Es ist offenkundig, dass sie die Situation verschärfen wollen um Russland zu unüberlegten Handlungen zu verleiten. Die Wahlen am 25. Mai können die Menschen in der Ostukraine nur als Provokation empfinden, denn sie finden unter Bedingungen statt, wo Faschisten auf den Straßen alle jagen, die „links“ oder „russisch“ sind.

Die vom Westen unterstützten Herrscher in Kiew wollen zudem das Verbot der Kommunistischen Partei der Ukraine durchsetzen. Im Parlament bekommt sie bereits Rede- und Abgeordneten und Mitglieder sind ihres Lebens nicht mehr sicher.

So wurde der Vorsitzende der Kommunistischen Partei (KPU) Petro Simonenko am 16. Mai nach einer Fernsehdebatte mit Molotowcocktails angegriffen. Die Scheiben seines Wagens wurden eingeschlagen und Brandsätze hineingeworfen. Nach Presseberichten konnte Simonenko mit seinen Mitarbeitern fliehen und hält sich seitdem versteckt.

Welche Art von Demokratisierung sich die Mächtigen in der EU und den USA nach dem Sturz von Präsident Janukowitsch für den EU- und NATO-Kandidaten Ukraine vorstellen, ist offensichtlich. Der Einsatz von US-Söldnern zur Unterstützung der Niederschlagung der Aufständischen und der sie unterstützenden Bevölkerung ist beredtes Beispiel auch dafür.

Es ist notwendig, zwischen Aggressoren und Bedrohten zu unterscheiden, denn ein allgemeiner Verweis auf „die Interessen Russlands“ führt zu einer Untätigkeit, die die weltweite Friedensbewegung schon bei den Angriffen auf Länder wie den Irak, Afghanistan oder Libyen in eine fatale Zuschauerrolle gebracht hat. Russland hat ein Interesse, das Vorrücken der NATO zu verhindern. Dieses Interesse deckt sich mit dem friedliebender Menschen.

In dieser Situation, in der EU und USA ihre jeweiligen geostrategischen Interessen in Osteuropa gewaltsam durchdrücken wollen, in der ein großer Teil der Medien den Hergang der Ereignisse eklatant verfälscht und alle Schuld bei Russland sucht und in der die Gefahr einer kriegerischen Auseinandersetzung aktuell, aber auch längerfristig wächst, falls die Ukraine sich der NATO öffnet, erklärt die DKP:

Solidarität mit den Antifaschisten und Verfolgten in der Ukraine!  
Solidarität mit den KommunistInnen! Kein Verbot der KPU!  
Der antirussischen Hetze und Kriegstreiberei deutscher Medien entgegenzutreten!

Kein weiteres Vorrücken der NATO! Die politische und militärische Unterstützung für die Putschisten aus dem Ausland muss beendet werden!  
Für eine europäische Friedensordnung, in der Konflikte zwischen Staaten mit friedlichen Mitteln ausgetragen werden!

Keine Verhandlungen unter Ausschluss der VertreterInnen aus der Ostukraine!  
Der Wille der Menschen, wie er sich auch in den Referenden ausdrückt, ist zu respektieren!

17 Ja, 2 Nein, 2 Enthaltungen

---

## Der Siemens-Konzern greift an!

1. Der Parteivorstand der DKP ruft von seiner 8. Tagung zur Solidarität mit den Beschäftigten des SIEMENS-Konzerns auf, der durch den geplanten Konzernumbau Tausende von Arbeitsplätzen wegrationalisieren will.
2. Der PV beauftragt die zentrale Kommission Betrieb und Gewerkschaft sowie die Bildungskommission mit der Erstellung einer Analyse des Siemens-Kapitals, um die Parteigruppen, insbesondere an den Siemens-Standorten, zu befähigen, in Flugblättern Stellung zu beziehen. Hierzu werden GenossInnen, die bei Siemens beschäftigt waren oder sind, hinzugezogen.

Die vorgelegte Begründung des Betriebsaktivs aus München für den Antrag dient als Arbeitsmaterial auch für ein zentral zu erstellendes Flugblatt für die aktuelle Auseinandersetzung. Darin wird die Forderung nach Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie, in diesem Fall des Siemens-Konzerns, aufgegriffen.

3. Der PV beauftragt das Sekretariat, kommunistische und Arbeiterparteien aus Ländern, in denen Siemens-KollegInnen ebenfalls von dem Arbeitsplatzabbau betroffen sind, in diesem Sinne eine theoretische und praktische Zusammenarbeit vorzuschlagen.

Einstimmig

---

## **Leitantrag zum 21. Parteitag der DKP**

Das Sekretariat wird beauftragt, den weiteren Erarbeitungsprozess des Leitantrags auf der Grundlage der vorgelegten Gliederung und der geführten Diskussion zu organisieren.

19 Ja, 4 Nein, 1 Enthaltung

---

## **Referat Geschichtskommission**

Das Referat von Professor Heinz Karl zum Thema „Lenin aktueller denn je“, das er auf der Sitzung der Geschichtskommission am 29. März 2014 vorgetragen hat, wird den PV-Mitgliedern zugestellt.

Einstimmig

---

## **Stand der „marxistischen Linke“ auf dem 18. UZ-Pressesfest**

Die „marxistische Linke“ erhält keinen Stand auf dem 18. UZ-Pressesfest.

16 Ja, 7 Nein, 0 Enthaltungen

---

## **Erarbeitung „Wohnungs- und mietenpolitischer Forderungen der DKP“**

In Auswertung und auf Grundlage der Ergebnisse der mietenpolitischen Konferenz des Parteivorstandes im März 2014 wird eine Arbeitsgruppe zusammengestellt und mit der Erarbeitung „Wohnungs- und mietenpolitischer Forderungen der DKP“ beauftragt.

Die Arbeitsgruppe setzt sich aus GenossInnen der Vorbereitungsgruppe der Konferenz und weiteren qualifizierten und interessierten GenossInnen zusammen. Mit der Leitung wird Genosse Wolfgang Richter aus Dortmund betraut.

Die Arbeitsgruppe erarbeitet eine Konzeption oder Gliederung und prüft, ob es realistisch ist, das Forderungsprogramm dem 21. Parteitag als Beschlussvorlage vorzulegen. Sie informiert den Parteivorstand über die Ergebnisse ihrer Arbeit und Überlegungen.

Einstimmig

---

## **Festa Avante der Portugiesischen KP**

Der Parteivorstand delegiert die GenossInnen

- Günther Pohl: einstimmig
- Bettina Jürgensen: 18 Ja, 3 Nein, 2 Enthaltungen

zum diesjährigen Pressesfest der PCP (5 – 7. September 2014).

---

## **Abberufung aus der internationalen Kommission**

Der Parteivorstand beruft den Genossen Rainer S. aus seiner Internationalen Kommission ab. Mit seiner Teilnahme am Seminar der „Partei der Arbeit“ Mexikos (PT), die er an IK und Parteivorstand vorbei durchgeführt hat, ist das für die internationale Vertretung der DKP notwendige Vertrauensverhältnis nicht mehr gegeben.

12 Ja, 8 Nein, 3 Enthaltungen

---

## **Kommissionen des Parteivorstandes**

Der 9. PV-Tagung wird eine Liste aller Kommissionen des Parteivorstandes und ihrer Mitglieder vorgelegt.

Einstimmig

---

## **Parteivorstands-Termine 2014/2015**

09. PV-Tagung: 13./14. September 2014

10. PV-Tagung: 22./23. November 2014

11. PV-Tagung: 24./25. Januar 2015

12. PV-Tagung: 14./15. März 2015

13. PV-Tagung: 6./7. Juni 2015

14. PV-Tagung: 12./13. September 2015

21. Parteitag: 14./15. November 2015 (Vorschlag)

Einstimmig

---